

Stadt Merseburg

Der Oberbürgermeister

Niederschrift

Merseburg, 16.03.2026

über die 10. Sitzung des Stadtrates Merseburg öffentlicher Teil

Die Sitzung fand statt:

Datum:	05.03.2026	Ort:	06217 Merseburg
Beginn:	17:02 Uhr	Straße:	Burgstraße 1
Ende:	19:23 Uhr	Raum:	Sitzungssaal im Alten Rathaus

Anwesende Mitglieder:

Rüdiger Abitzsch	Mitglied
Uwe Arendt	Mitglied
Jenny Barthel-Müller	Mitglied
Julia Susan Beier	Mitglied
Dr. Halina Czikowsky	Mitglied
Uwe Darnstädt	Mitglied
Moritz Eichelmann	Mitglied
Dr. Steffen Eichner	Fraktionsvorsitzender
Petra Ernst	Mitglied
Michael Finger	Fraktionsvorsitzender
Marion Galander	Mitglied
Lucas Geyer	Mitglied
Imre Gülle	Mitglied
Lutz Hammer	Mitglied
Tino Haring	Mitglied
Michael Hayn	Stadtratsvorsitzender
Holm Kluknavsky	Mitglied
Dr. Thilo Koch	Mitglied
Manuela Krause	Mitglied
Matthias Kreisel	Fraktionsvorsitzender
Peter Kruse	Mitglied
Dr. Lutz Kuhne	Fraktionsvorsitzender
Diana Kuhnt	Mitglied
Jody Leichsenring	Mitglied
Peter Lipinski	Mitglied
Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach	Mitglied
Thomas Merk	Mitglied
Rosel Veronika Mißberger	Mitglied
Sebastian Müller-Bahr	Oberbürgermeister
Gabriele Naundorf	Mitglied
Marco Nickel	Mitglied
Claudia Ochmann	Mitglied
Stefan Plack	Mitglied
Hubertus Steinki	Mitglied
Marcus Turré	Mitglied
Daniel Wald	Fraktionsvorsitzender
Andree Weber	Mitglied

Nicht anwesende Stimmberechtigte:

Kathleen Weiß	Mitglied
Bernd Seifert	Mitglied
Carl Pinkert	Mitglied
Roland Striegel	Mitglied

Als Gäste sind anwesend:

Thomas Albrecht	Sachbearbeiter Sitzungsdienst
Bellay Gatzlaff	Bürgermeister
Andreas Zieger	Ortsbürgermeister Trebnitz
Benjamin Ebert	Leiter Rechnungsprüfungsamt
Florian Schüller	Amtsleiter Jugend und Sport
Jan Lienshöff	
Lukas Heinzel	
Regina Hannemann	
Ralf Hannemann	
Nadine Darnstädt	
Cornelia Ulrich	
Roland Ulrich	
Matthias David	
Bernd Hesselbarth	
Kathrin Mächler	
Volker Wolf	
Petra Ramdor	
Barbara Schneider	
Harald Leuschner	
Andrae Romana	
Jutta Voigt	
Peter Heuer	
Klaus Treuter	
A. Thieme	

Tagesordnung

TOP Thema

Öffentliche Sitzung

1. Beginn der Sitzung
- 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung
2. Beratungen in öffentlicher Sitzung
- 2.1 Bekanntgabe der gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse
- 2.2 Einwohnerfragestunde
- 2.3 Änderung der Ausschussbesetzung
- 2.4 Bericht des Oberbürgermeisters
- 2.5 Anfragen und Anregungen der Stadträte
- 2.6 Abberufung Stadtwehrleiter/Ortswehrleiter Merseburg
- 2.7 Ernennung Stadtwehrleiterin/stellvertretender Stadtwehrleiter
- 2.8 Ernennung Ortswehrleiterin Merseburg/stellvertretender Ortswehrleiter Merseburg
- 2.9 Ernennung Ortswehrleiter Geusa/stellvertretender Ortswehrleiter Geusa
- 2.10 Beteiligungsbericht 2024
001/MV/26
- 2.11 Beschluss über die Billigung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes Nr. 65 - " Industriegebiet Merseburg - Süd-West" (Leuna III) und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit
004/BV/26
- 2.12 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 70 Sondergebiet "Solar-park Merseburg Nord"
088/BV/25
- 2.13 Zustimmung zu den erhöhten Kosten für den Hort/Kita-Ersatzneubau der Evangelischen Schulstiftung Mitteldeutschland St. Johannes am Standort Lessingstraße 16a in Merseburg
009/BV/26
- 2.14 Nutzungsvertrag für die kommunale Sportstätte Beuna
002/BV/26

- 2.15 Entgeltvereinbarung ab 01/2025 des Vereins zur Förderung der Natur-Kindertagesstätte "Spatzennest"
010/BV/26
- 2.16 Fraktionsmittelsatzung
011/BV/26
- 2.17 Rechnungsprüfungsordnung
020/BV/26
- 2.18 Informationen zu geplanten Vergabeverfahren
- 2.19 Informationen der Stadtverwaltung
- 2.20 Schließung der Sitzung

Protokolltext

Öffentlicher Teil

TOP 1. Beginn der Sitzung

TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Hayn eröffnet die Sitzung um 17:02 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 32 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates anwesend. Er verliest die Namen der Stadträtinnen und Stadträte, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten. Den Stadträten mit einem runden Geburtstag überreicht er jeweils einen Blumenstrauß. Dabei handelt es sich um Petra Ernst, Marcus Turré und Thomas Merk.

TOP 1.2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Geyer, Herr Darnstädt, Frau Beyer und Herr Dr. Eichner betreten um 17:05 Uhr den Sitzungssaal. Es sind nunmehr 36 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Herr Hayn fragt, ob es Änderungsanträge gibt. Er erteilt dem Oberbürgermeister das Wort.

Herr Müller-Bahr begrüßt alle Anwesenden im Raum. Er führt aus, dass im letzten Hauptausschuss die Fraktionsmittelsatzung besprochen wurde. Der Hauptausschuss bat die Verwaltung, einen Variantenvergleich zur Fraktionsmittelsatzung – mit Fraktionsmitteln und ohne Fraktionsmittel – zu erstellen. Die Verwaltung hat diesen Auftrag angenommen. Die Beschlussvorlage wird vorerst ruhend gestellt und soll in der nächsten Sitzungsperiode erneut eingebracht werden. Der Tagesordnungspunkt „Fraktionsmittelsatzung“ soll daher von der Tagesordnung genommen werden.

Herr Hayn erklärt, dass es sich um den Tagesordnungspunkt 2.16 „Fraktionsmittelsatzung“ handelt. Alle folgenden Tagesordnungspunkte würden entsprechend um einen Platz nach vorne rücken. Er fragt, ob es Einwände gibt. Dies ist nicht der Fall. Er lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	36
Befangen	0
Ja-Stimmen	36
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 1.3 Bestätigung der öffentlichen Niederschrift der letzten Sitzung

Herr Hayn erklärt, dass heute zwei Niederschriften zu bestätigen sind. Es handelt sich um die öffentlichen Niederschriften vom 04.12.2025 und 18.12.2025.

Er fragt, ob es Anmerkungen oder Einwände zur Niederschrift vom 04.12.2025 gibt. Dies ist nicht der Fall. Anschließend lässt Herr Hayn über die öffentliche Niederschrift abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	36
Befangen	0
Ja-Stimmen	35
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Die öffentliche Niederschrift vom 04.12.2025 wird einstimmig bestätigt.

Herr Hayn fragt, ob es Anmerkungen oder Einwände zur Niederschrift vom 18.12.2025 gibt. Dies ist nicht der Fall. Anschließend lässt Herr Hayn über die öffentliche Niederschrift abstimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	36
Befangen	0
Ja-Stimmen	32
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	4

Die öffentliche Niederschrift vom 18.12.2025 wird einstimmig bestätigt.

TOP 2. Beratungen in öffentlicher SitzungTOP 2.1 Bekanntgabe der gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse

Herr Hayn verliest die Bekanntgabe der gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse aus der 9. Sitzung des Hauptausschusses vom 26.02.2026.

Beschluss Nr. 02/02 HA/26**Personalangelegenheit**

Der Hauptausschuss hat beschlossen, einen Mitarbeiter als Stadtverwaltungsrat unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zu ernennen, ihn in die Planstelle 0.30.00.0001.1 einzuweisen und mit der Besoldungsgruppe A 13 Besoldungsgesetz Land Sachsen-Anhalt (LBesG LSA) zu besolden.

Herr Hayn gratuliert daraufhin Herrn Ebert zur Ernennung in dieses Amt. Er fährt im Anschluss mit der Verlesung fort.

Beschluss Nr. 03/02 HA/26**Personalangelegenheit**

Der Hauptausschuss hat beschlossen, einem Mitarbeiter eine widerrufliche monatliche Arbeitsmarktzulage zu gewähren.

Beschluss Nr. 04/02 HA/26**Personalangelegenheit**

Der Hauptausschuss hat beschlossen, eine Mitarbeiterin unbefristet als Sozialpädagogische Mitarbeiterin zu beschäftigen, sie in die Entgeltgruppe S 11b TVöD VKA einzugruppieren und der Erfahrungsstufe 1 zuzuordnen.

Beschluss Nr. 05/02 HA/26**Personalangelegenheit**

Der Hauptausschuss hat beschlossen, eine Mitarbeiterin unbefristet mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 33 Stunden als Sozialpädagogische Mitarbeiterin zu beschäftigen, sie in die Entgeltgruppe S 11b TVöD VKA einzugruppieren und der Erfahrungsstufe 1 zuzuordnen.

Beschluss Nr. 06/02 HA/26

Verkauf eines kommunalen Grundstücks

Der Hauptausschuss hat den Verkauf des kommunalen Grundstücks Otto-Lilienthal-Straße (Flur 5, Flurstück 1919) beschlossen.

Beschluss Nr. 07/02 HA/26

Verkauf eines kommunalen Grundstücks

Der Hauptausschuss hat den Verkauf des kommunalen Grundstücks Unter den Eichen 46 in Merseburg beschlossen.

TOP 2.2 Einwohnerfragestunde

Herr Hayn eröffnet die Einwohnerfragestunde um 17:10 Uhr und fragt, ob es Fragen aus der Einwohnerschaft gibt. Er erteilt Einwohner 1 das Wort.

Einwohner 1 erklärt, dass er zwei Fragen habe. Die erste Frage habe er bereits mehrfach an die Stadtverwaltung gestellt. Die Anfrage sei zweimal schriftlich und einmal mündlich im Stadtrat erfolgt. Eine Antwort habe er bislang nicht erhalten. Aus diesem Grund sehe er sich veranlasst, die Anfrage nun zum vierten Mal zu stellen. Es gehe um das Banner am Markt 1 mit der Aufschrift „Nie wieder Krieg“. Die Aufhängung sei im November 2024 von der Geschichtswerkstatt veranlasst worden. Am 06.12.2024 habe daraufhin die gemeinsame Gedenkveranstaltung „80 Jahre nach den schweren Bombenangriffen auf die Stadt Merseburg“ stattgefunden. Dies sei aus seiner Sicht in Ordnung gewesen. Einwohner 1 fragt, ob das Banner versehentlich nicht abgehängt worden sei oder ob politische Absichten dahinterstehen, dass das Banner weiterhin dort hänge. Darüber hinaus möchte er wissen, wie lange das Banner noch dort hängen werde.

Herr Hayn dankt Einwohner 1 für die Frage und erteilt dem Oberbürgermeister das Wort.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es Gründe gibt, dass das Banner noch hängt. Man ist der Meinung, dass man das Banner noch hängen lassen könne.

Einwohner 1 fragt, wie lange das Banner dort noch hängt.

Herr Müller-Bahr sagt, dass das Banner dort solange hängt, bis man anderer Meinung ist. Wenn das Banner kaputt oder schäbig sein sollte, dann wird dieses abgehängt.

Einwohner 1 sagt, dass er gerne Aufklärung zur Arbeitsweise des Sitzungsdienst benötigt und fragt, wo festgeschrieben ist, dass Einwohner keine Anfragen mehr direkt an die Fachämter senden dürfen, sondern dass alle Anfragen über den Sitzungsdienst laufen sollen. Dies muss irgendwo festgeschrieben sein. Einwohner 1 hatte nämlich eine Anfrage direkt an das Fachamt gesendet und bekam dort eine Rüge. Einwohner 1 sei nicht befugt Anfragen an das Fachamt zu senden, sondern solle diese an den Sitzungsdienst schicken. Er hat den Dienstweg nicht eingehalten. Aus diesem Grund hat ihm das Fachamt nicht geantwortet.

Herr Müller-Bahr sagt, dass dies ein altes Thema ist, welches man schon oft beantwortet hat. Er antwortet aber gerne noch einmal darauf. Die Verfahrensweise innerhalb der Verwaltung legt der Oberbürgermeister fest. Einwohner 1 hat dagegen Einspruch erhoben und hat von der Kommunalaufsicht eine entsprechende Stellungnahme erhalten. Wenn man Bürger hat, die vermehrt viele Anfragen stellen, kann er dies festlegen, damit man effizient arbeiten kann. Im Fall von Einwohner 1, der jetzt speziell anfragt, hat man entschieden, dass dieser bitte alle Anfragen über den Sitzungsdienst zu stellen hat.

Einwohner 1 fragt, ob dies nur für ihn gilt.

Herr Müller-Bahr sagt, dass für Einwohner 1 und einen ganz kleinen ausgewählten Personenkreis gilt, die die Verwaltung ansonsten überlasten würden.

Einwohner 1 fragt, ob er dies schriftlich bekommen könne.

Herr Müller-Bahr sagt, dass Einwohner 1 dies schon mehrfach schriftlich mitgeteilt wurde. Er schreibt Einwohner 1 nicht noch einmal ein Brief. Was Einwohner 1 jetzt macht, macht er auch zuhauf bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Dies wird er nicht mehr dulden.

Einwohner 1 sagt, dass er dies so zur Kenntnis nehmen muss. Darüber hinaus sagt er, dass es beim Büro des Stadtrates üblich war, dass er Eingangsbestätigungen für seine Anfragen erhalten habe. Seitdem es sich um das Büro des Sitzungsdienst handelt, erhält er keine Eingangsbestätigungen mehr. Er hatte erst Vorgestern eine Anfrage per Mail mit der Bitte um Eingangsbestätigung gesendet. Diese Eingangsbestätigung hat er bis heute nicht erhalten. Auf den elektronischen Weg weiß man nie, ob die Nachricht auch angekommen ist. Er hatte auch Mitte Januar schriftlich eine Eingabe eingereicht. Hierzu hat er auch nie eine Eingangsbestätigung erhalten. Er fragt, ob dies der Aussage des Oberbürgermeisters entspricht, dass er auch in Zukunft keine Eingangsbestätigung mehr erhält. Er muss also darauf vertrauen, dass es angekommen ist. Er muss dies also so hinnehmen.

Herr Hayn fragt, ob die Frage ernst gemeint ist.

Einwohner 1 erklärt, dass ihm das Wort erteilt worden sei und er nun spreche. Herr Hayn habe bereits vor einem Jahr erklärt, dass er künftig nicht mehr auf seine Anfragen antworten werde, auch wenn dies aus seiner Sicht gegen die Landesverfassung verstoße. Wenn der Oberbürgermeister nun ebenfalls diesen Weg einschlage, sehe er sich veranlasst, Klage vor dem Landesverfassungsgericht einzureichen.

Herr Hayn sagt, dass Einwohner 1 dies doch bitte tun möchte, damit man endlich eine Klärung bekommt. Er fragt, ob es weitere Fragen aus der Einwohnerschaft gibt. Dies ist nicht der Fall. Er schließt die Einwohnerfragestunde um 17:15 Uhr.

TOP 2.3 Änderung der Ausschussbesetzung

Herr Hayn informiert über die Änderungen der Ausschussbesetzung. Die AfD-Fraktion hat mitgeteilt, dass Herr Uwe Darnstädt seine Funktion als Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Ordnung und Gefahrenabwehr aufgibt. Den Vorsitz wird Frau Manuela Krause übernehmen. Er wünscht Frau Krause hierfür viel Erfolg und kluge Entscheidungen. Daraus resultierend gibt es Änderungen in der Ausschussbesetzung. Herr Hammer wird als Mitglied für den Ausschuss für Ordnung und Gefahrenabwehr ausscheiden. Seinen Sitz wird Frau Manuela Krause einnehmen. Im Ausschuss für Bildung, Soziales, Kultur und Tourismus wird Herr Uwe Arendt als Mitglied ausscheiden. Seinen Sitz wird Herr Lutz Hammer einnehmen. Er bitte daraufhin um Kenntnisnahme durch den Stadtrat.

Alle 36 anwesenden stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates erheben ihre Stimmkarte und bestätigen somit einstimmig die Kenntnisnahme.

TOP 2.4 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Müller-Bahr sagt, dass man das Jahr mit dem Neujahreslauf begonnen hat. Die Teilnehmer kamen aus mehreren Bundesländern. Er dankt allen Teilnehmern und Helfern.

Er sagt, dass man an fast zwei Tagen an der „Grünen Woche“ in Berlin teilgenommen hat. Man hat sich beim Landkreis Saalekreis angeschlossen. Man hat sich dafür entschieden, auch im nächsten Jahr wieder mit dabei zu sein.

Er teilt mit, dass der Neujahresempfang stattfand. Es wurden vier Bürgermedaillen überreicht und dankt allen, die dies ermöglicht haben.

Er informiert darüber, dass ein neuer Name für den Merseburger Rabe gesucht wurde. Der neue Name für das neue Maskottchen lautet „Merlix von Merseburg“.

Er sagt, dass Herr Ebert zum Stadtverwaltungsrat berufen wurde. Er wünscht Herrn Ebert viel Kraft und Erfolg für diese Aufgabe.

Er informiert darüber, dass man Chatbot Charly als Mitarbeiter für die Stadt begrüßt. Die Nachfrage ist sehr groß. Man wertet diese gerade aus. Alles was die KI dazulernen soll, kann durch die Mitarbeiter gesteuert werden. Die Software läuft auf deutschen Servern.

Herr Hayn dankt dem Oberbürgermeister und fragt ob es Nachfragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.5 Anfragen und Anregungen der Stadträte

Frau Dr. Czikowsky hat eine Anfrage zu einem Artikel aus der MZ vom 25.02.2026. Es geht um die Oberaltenburg und den 933. Jahrestag „Schlacht gegen die Ungarn“. Für dieses Vorhaben sind 150.000,00 Euro in Planung. 80 Prozent davon sollen eventuell durch das LIA-Programm bezahlt werden. Das Projekt hat keine I Nummer im Haushalt. Das Geld soll von den Spielplätzen genommen werden. Diese Antwort hat sie vom Fachamt erhalten. Das Projekt wurde auch noch nicht in den Ausschüssen behandelt. Sie ist nicht damit einverstanden, dass das Geld von den Spielplätzen genommen wird.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es im Bauausschuss behandelt und vorgestellt wurde. Es handelt sich um eine Spiel- und Erlebnisfläche. Man darf es nach DIN nicht Spielfläche nennen. Es handelt sich aber um einen Spielplatz. Man saniert jedes Jahr vier Spielplätze. Diese werden durch die Verwaltung ausgewählt. Diese Fläche ist eine davon. Im Haushalt sind für die Spielplätze 55.000,00 Euro eingeplant. Für diese Fläche sollen 35.000,00 Euro bezahlt werden. Die anderen 25.000,00 Euro werden für die anderen Spielplätze verwendet.

Herr Abitzsch sagt, dass er eine Anfrage von mehreren älteren Merseburgern hat. Diese wollen gerne den Wallendorfer See besuchen. Der Parkplatz in Burgliebenau ist mit einem neuen Parksysteem ausgestattet. Es handelt sich um Handyparken. Die alten Damen kommen hiermit nicht zu recht. Diese konnten nicht bezahlen und haben dadurch einen Strafzettel in Höhe von 45,00 Euro erhalten. Dieses Problem sollte mit dem Bürgermeister aus Schkopau besprochen werden.

Herr Müller-Bahr sagt, dass es bei der Gemeinde Schkopau nicht um das Stadtgebiet von Merseburg handelt. Er kann dies gerne mitnehmen. Das Thema ist schon seit über einem Jahr Thema in den Medien. Die Gemeinde Schkopau hat sich schon intensiv mit dem Thema beschäftigt und hat sich für diesen Weg entschieden.

Herr Abitzsch sagt, dass er es schön findet, dass er es versucht.

Herr Hayn sagt, dass man nichts versprechen kann. Der Oberbürgermeister wird dies aber mitnehmen und mit dem Kollegen aus Schkopau sprechen. Er fragt, ob es weitere Fragen oder Anregungen gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.6 Abberufung Stadtwehrleiter/Ortswehrleiter Merseburg

Herr Müller-Bahr sagt, dass Herr Dirk Grötzsch heute als Stadtwehrleiter und stellvertretender Ortswehrleiter Merseburg abberufen wird. Er dankt Ihm für seine Dienste und überreicht Herrn Grötzsch einen Blumenstrauß.

Herr Hayn dankt Herrn Grötzsch für seine Dienste und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute.

TOP 2.7 Ernennung Stadtwehrleiterin/stellvertretender Stadtwehrleiter

Herr Müller-Bahr sagt, dass Frau Peggy Drehkopf die neue Stadtwehrleiterin und Herr Sascha Benz der neue stellvertretende Stadtwehrleiter wird. Er stellt die Eidesformel vor und verliest diese. In dieser heißt es:

Ich schwöre meine Kraft dem Volk und dem Land Sachsen-Anhalt zu widmen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik zu wahren und zu verteidigen. Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben und meine Amtspflicht gewissenhaft zu erfüllen.

Er bittet Frau Drehkopf die Eidesformel zu verlesen und dabei den rechten Arm zu heben.

Frau Drehkopf verliest die Eidesformel und schwört auf diese.

Herr Müller-Bahr übergibt Frau Peggy Drehkopf die Ernennungsurkunde und wünscht ihr viel Erfolg.

Herr Hayn übergibt Frau Drehkopf einen Blumenstrauß und wünscht ihr viel Kraft und Erfolg.

Herr Müller-Bahr bittet Herrn Benz die Eidesformel zu verlesen und dabei den rechten Arm zu heben.

Herr Benz verliest die Eidesformel und schwört auf diese.

Herr Müller-Bahr übergibt Herrn Sascha Benz die Ernennungsurkunde und wünscht ihm viel Erfolg.

Herr Hayn übergibt Herrn Sascha Benz einen Blumenstrauß und wünscht ihm viel Kraft und Erfolg.

TOP 2.8 Ernennung Ortswehrleiterin Merseburg/stellvertretender Ortswehrleiter Merseburg

Herr Müller-Bahr sagt, dass Frau Peggy Drehkopf auch noch zur Ortswehrleiterin der Ortsfeuerwehr Merseburg berufen wird. Der stellvertretende Ortswehrleiter Merseburg kann heute leider nicht berufen werden, da dieser leider verhindert ist. Dies wird aber zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt. Er bittet Frau Drehkopf die Eidesformel zu verlesen und dabei den rechten Arm zu heben.

Frau Drehkopf verliest die Eidesformel und schwört auf diese.

Herr Müller-Bahr übergibt Frau Peggy Drehkopf die Ernennungsurkunde und wünscht ihr viel Erfolg.

Herr Hayn übergibt Frau Drehkopf ein Präsent und wünscht ihr viel Kraft und Erfolg.

TOP 2.9 Ernennung Ortswehrleiter Geusa/stellvertretender Ortswehrleiter Geusa

Herr Müller-Bahr sagt, dass Herr Sven Linke der neue Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr in Geusa und Herr Eric Gülle der neue stellvertretende Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Geusa wird.

Herr Müller-Bahr bitte Herrn Sven Linke die Eidesformel zu verlesen und dabei den rechten Arm zu heben.

Herr Linke verliest die Eidesformel und schwört auf diese.

Herr Müller-Bahr übergibt Herrn Linke die Ernennungsurkunde und wünscht ihm viel Erfolg.

Herr Hayn übergibt Herrn Linke einen Blumenstrauß und wünscht ihm viel Kraft und Erfolg.

Herr Müller-Bahr bitte Herrn Eric Gülle die Eidesformel zu verlesen und dabei den rechten Arm zu heben.

Herr Gülle verliest die Eidesformel und schwört auf diese.

Herr Müller-Bahr übergibt Herrn Gülle die Ernennungsurkunde und wünscht ihm viel Erfolg.

Herr Hayn übergibt Herrn Gülle einen Blumenstrauß und wünscht ihm viel Kraft und Erfolg.

TOP 2.10 Beteiligungsbericht 2024

Herr Kreisel betritt um 17:57 Uhr den Saal und nimmt aktiv an der Sitzung teil. Es sind nunmehr 37 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Herr Hayn fragt, ob der Beteiligungsbericht 2024 eingebracht werden soll. Dies ist nicht der Fall. Er bittet, den Finanzausschussvorsitzenden ein paar Worte zum Beteiligungsbericht zu sagen.

Herr Turré sagt, dass man den Beteiligungsbericht umfangreich erörtert hat. In Zukunft wird der Jahresbericht des AZV aus dem Beteiligungsbericht genommen, damit dieser zeitnaher veröffentlicht werden kann. Der Jahresbericht des AZV wird dann zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr nachgereicht. Es gibt ansonsten keine Auffälligkeiten im Beteiligungsbericht 2024.

Herr Hayn fragt, ob es Nachfragen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er bittet die Stadträte die Kenntnisnahme mit einem Handzeichen zu bestätigen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	37
Befangen	0
Ja-Stimmen	37
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Der Beteiligungsbericht 2024 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

TOP 2.11 Beschluss über die Billigung des Vorentwurfes des Bebauungsplanes Nr. 65 - "Industriegebiet Merseburg - Süd-West" (Leuna III) und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit

Herr Haring erklärt Befangenheit und begibt sich in den Zuschauerraum.

Herr Müller-Bahr sagt, dass Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über mögliche wegweisende Veränderungen in der Stadt informiert werden sollen. Er verweist auf die Bedeutung der Chemieindustrie für die Region und darauf, dass das Leuna-Werk die Region seit über 100 Jahren prägt. Viele Menschen in der Region seien direkt oder indirekt in der Chemieindustrie oder in verbundenen Dienstleistungsbereichen beschäftigt. Er erklärt, dass die Region als Chemiestandort wahrgenommen werde und dass eine zukünftige Entwicklung des Standortes,

insbesondere im Bereich Biochemie, dazu beitragen solle, die wirtschaftliche Bedeutung der Region langfristig zu sichern.

Er führt aus, dass im Rahmen eines Bauleitverfahrens ein Vorentwurf der Öffentlichkeit vorgestellt werden solle. Dies geschehe noch vor der Erstellung eines endgültigen Entwurfs, um Meinungen und Perspektiven von Bürgerinnen und Bürgern sowie Behörden einzuholen.

Die vorliegende Projektskizze umfasse umfangreiche Unterlagen und stelle den Beginn des Planungsverfahrens dar. Mit der Abstimmung werde darüber entschieden, die Informationen öffentlich zugänglich zu machen und eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden zu ermöglichen.

Herr Hayn weist darauf hin, dass der Bericht umfangreich sei und im Stadtratsbüro auch ausgedruckt zur Verfügung gestellt werden könne. Fragt nach Wortmeldungen zur Beschlussvorlage.

Herr Kreisel sagt, dass die Öffentlichkeit sowie Träger öffentlicher Belange frühzeitig beteiligt werden sollen. Er betont die Bedeutung der Entwicklung für die Zukunftsfähigkeit des Standortes und bittet um Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Herr Wald teilt mit, dass die AfD-Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Begründet dies mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation einzelner Unternehmen der Chemieindustrie in der Region. Er nennt Beispiele von Unternehmen und äußert Bedenken hinsichtlich möglicher Risiken der geplanten Entwicklung.

Herr Dr. Eichner erklärt, dass seine Fraktion das geplante Industriegebiet unterstützt. Er widerspricht der Einschätzung, dass die Chemieindustrie vor einem Niedergang stehe, weist jedoch auf derzeitige Herausforderungen hin. Er betont die Möglichkeit, in Merseburg verstärkt Chemie auf Basis regenerativer Rohstoffe zu entwickeln. Außerdem erwähnt er die Ansiedlung eines Zentrums für entsprechende chemische Technologien. Darin sieht er eine Chance für die zukünftige Entwicklung des Standortes.

Herr Finger vergleicht die Entwicklung eines Industriegebietes mit einem langfristigen Prozess. Er erklärt, dass wirtschaftliche Entwicklungen Schwankungen unterliegen und dass eine Vorbereitung auf zukünftige Entwicklungen notwendig sei. Neue Technologien könnten dadurch angesiedelt werden.

Herr Wald erklärt, dass seine Fraktion sich der Entwicklung nicht grundsätzlich entgegenstelle. Eine Enthaltung bedeute keine Ablehnung. Er sieht sowohl Risiken als auch Chancen für neue Arbeitsplätze und begrüßt die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Behörden in den Planungsprozess.

Frau Mißberger berichtet, dass der Ortsteil Beuna besonders von der geplanten Entwicklung betroffen sei. Im Ortschaftsrat habe es eine ausführliche Vorstellung und Diskussion gegeben. Der Ortschaftsrat habe dem Vorhaben einstimmig zugestimmt und sehe darin eine Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen für zukünftige Generationen.

Herr Hayn verweist auf die Beratungsreihenfolge der Gremien, die sich zuvor mit der Vorlage befasst haben. Er verliest anschließend den Beschlusstext:

Der Stadtrat billigt die Fassung des Vorentwurfes zum Bebauungsplan Nr. 65 „Industriegebiet Merseburg-Südwest (Leuna III)“ mit geändertem Geltungsbereich und bestimmt diesen zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch sowie der Behörden gemäß § 4 Absatz 1 Baugesetzbuch.

Herr Hayn fordert anschließend zur Abstimmung auf und beginnt mit der Auszählung der Stimmen.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	36
Befangen	1
Ja-Stimmen	21
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	15

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.12 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 70 Sondergebiet "Solarpark Merseburg Nord"

Herr Haring begibt sich wieder in den Sitzungsbereich und nimmt wieder aktiv an der Sitzung teil.

Herr Eichelmann erklärt Befangenheit und begibt sich in den Zuschauerraum.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass die vorliegende Beschlussvorlage bereits mehrfach beraten worden sei und den Mitgliedern bekannt sei. Er verzichtet auf eine ausführliche Erläuterung und kündigt an, dass zunächst ein Antrag vorgestellt werde, über den anschließend beraten werden könne.

Herr Kreisel stellt einen Änderungsantrag vor und erläutert diesen. Der Antrag sieht vor, den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 70 „Sondergebiet Solarpark Merseburg Nord“ bis zur Klärung grundlegender Planungsfragen ruhend zu stellen. Die Stadtverwaltung solle eine alternative, gesamtstädtisch abgestimmte Entwicklungsperspektive für die Fläche des bestehenden Bebauungsplans Nr. 51-1 „Gewerbegebiet Merseburg Nord“ erarbeiten. Außerdem solle geprüft werden, welche Anpassungen sich daraus für das Photovoltaik-Freiflächenkonzept sowie für den Entwurf des Flächennutzungsplanes ergeben. Er erklärt, dass die bisherigen planungsrechtlichen Nutzungsperspektiven im Rahmen dieser Neubewertung überprüft werden sollen. Weiter führt er aus, dass der Bauausschuss im Herbst des Vorjahres einen positiven Beschluss zum Vorhaben gefasst habe. Danach habe es umfangreiche Reaktionen aus der Anwohnerschaft gegeben, was zu Gesprächen und einer Bürgerinformationsveranstaltung geführt habe. Dabei sei deutlich geworden, dass ein Interesse bestehe, alternative Entwicklungsmöglichkeiten für das Gebiet zu prüfen. Der Antrag sei im Rahmen eines Arbeitsgesprächs des Oberbürgermeisters mit den Fraktionsspitzen entstanden, an dem Vertreter aller Fraktionen teilgenommen hätten. Im Ergebnis hätten sich die anwesenden Fraktionen auf den gemeinsamen Antrag verständigt.

Herr Wald erklärt, dass seine Fraktion den interfraktionellen Antrag zur Ruhestellung unterstütze. Er weist darauf hin, dass ein bloßes Pausieren rechtlich keine unmittelbare Wirkung habe, solange der bestehende Bebauungsplan Nr. 5.1 weiterhin gültig sei.

Er bringt einen Erweiterungsantrag ein. Dieser sieht vor, zusätzlich die Aufstellung eines Änderungsplans für das Gebiet des Bebauungsplans 5.1 zu beschließen und eine sofortige Veränderungssperre gemäß § 14 Baugesetzbuch zu erlassen. Er erläutert, dass eine solche Veränderungssperre verhindern solle, dass während der weiteren Beratungen baurechtliche Genehmigungen erteilt werden.

Herr Hayn weist darauf hin, dass ein weitergehender Antrag vorliegt. Um den Fraktionen eine Beratung zu ermöglichen, unterbricht er um 18:19 Uhr die Sitzung für zehn Minuten.

Herr Hayn setzt die Sitzung um 18:30 Uhr fort und teilt mit, dass ein Antrag der AfD-Fraktion vorliegt. Er fragt, ob es Wortmeldungen dagegen gibt.

Herr Dr. Eichner erklärt, dass eine Veränderungssperre üblicherweise eingesetzt werde, wenn für ein Gebiet neue Planungsinhalte vorbereitet werden und ein entsprechender Aufstellungsbeschluss gefasst wird. Er weist darauf hin, dass in diesem Fall bereits ein bestehender und rechtskräftiger Bebauungsplan vorliege, der grundsätzlich umsetzbar sei, auch wenn er seit längerer Zeit nicht umgesetzt worden sei. Nach seiner Auffassung würde eine Veränderungssperre in diesem Fall dazu führen, dass der bestehende Bebauungsplan weiter festgeschrieben werde. Er erklärt außerdem, dass der interfraktionelle Antrag darauf abziele, die Planungsgrundlagen grundsätzlich zu überprüfen und neue Entwicklungsmöglichkeiten für verschiedene Stadtteile zu betrachten. Als Beispiel nennt er Planungsansätze aus anderen Städten, bei denen der Zugang zu Erholungsflächen innerhalb kurzer Wegezeiten vorgesehen sei. Er führt aus, dass auch für das betreffende Gebiet unterschiedliche Nutzungsideen geprüft werden könnten, etwa ökologische Ausgleichsflächen oder andere Formen der Nutzung. Ziel sei es, der Stadtverwaltung Zeit für eine grundlegende Prüfung möglicher Entwicklungsperspektiven zu geben.

Herr Wald erklärt, dass eine Veränderungssperre aus seiner Sicht keine Blockade darstelle, sondern dazu diene, den aktuellen Zustand zu sichern, während neue Planungen vorbereitet werden. Er führt aus, dass eine solche Sperre verhindern solle, dass während der Planungsphase Bauvorhaben auf Grundlage des bestehenden Bebauungsplans umgesetzt werden. Er verweist darauf, dass nach § 14 Absatz 2 Baugesetzbuch Ausnahmen von einer Veränderungssperre möglich seien, wenn diese den Planungszielen nicht widersprechen. Seiner Darstellung nach ermögliche eine Veränderungssperre der Stadt, während der Planungsphase die Kontrolle über die Entwicklung des Gebietes zu behalten.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass eine Veränderungssperre grundsätzlich möglich sei, weist jedoch darauf hin, dass es sich dabei um einen Satzungsbeschluss handelt. Ein solcher Beschluss setze eine ausgearbeitete Satzung sowie eine klare Zieldefinition voraus. Ohne eine entsprechende Satzung könne ein solcher Beschluss in der Sitzung nicht gefasst werden. Er erläutert außerdem, dass der bestehende Bebauungsplan weiterhin gültig sei. Er nennt zwei grundsätzliche Möglichkeiten im Umgang mit dem bestehenden Plan:

- Der Bebauungsplan könne aufgehoben werden.
- Der Bebauungsplan könne überplant werden.

Er erklärt, dass bei einer Überplanung ein neues Planungsziel festgelegt werden müsse. Dieses Ziel müsse im Rahmen eines Aufstellungsbeschlusses klar formuliert werden, damit ein neues Bauleitplanverfahren eingeleitet werden könne. Er sagt, dass eine Veränderungssperre heute nicht zu machen geht, weil man dafür eine Veränderungssatzung braucht. Man kennt dies aus vergangenen Verfahren, Leuna III, ist das beste Beispiel, man kann es zeitlich befristet machen, um ein oder zwei Jahre, aber wir brauchen eine klare Satzung dafür. Das kriegt man bei aller Liebe, heute nicht unter uns hin. Das hätte man vorbereiten müssen. Um eine Satzung zu erarbeiten, fehlen ihm jetzt gerade die Fachleute.

Herr Kreisel erklärt, dass eine Veränderungssperre nur auf Grundlage einer entsprechenden Satzung beschlossen werden könne. Eine solche Satzung müsse vorbereitet und formuliert werden. Er weist darauf hin, dass eine solche Vorbereitung in der aktuellen Sitzung nicht möglich sei. Weiter führt er aus, dass eine Veränderungssperre den bestehenden Zustand einfriere, also den aktuell gültigen Bebauungsplan. Ziel des zuvor vorgestellten Antrags sei jedoch eine ergebnisoffene Prüfung möglicher neuer Entwicklungsziele für das Gebiet. Er bittet darum, den Antrag der AfD-Fraktion abzulehnen und stattdessen dem zuvor eingebrachten Antrag zuzustimmen.

Herr Wald erklärt, dass seine Fraktion weiterhin an dem Antrag festhalte. Er betont, dass eine Veränderungssperre aus seiner Sicht keine Blockade darstelle. Er führt aus, dass der Antrag

als Ergänzung gedacht sei, um die Stadt rechtlich gegenüber Landkreis und möglichen Investoren abzusichern. Nach seiner Darstellung bestehe ohne eine solche Regelung die Möglichkeit, dass auf Grundlage des bestehenden Bebauungsplans kurzfristig Bauvorhaben genehmigt werden könnten. Er schlägt vor, die Stadtverwaltung gegebenenfalls mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Satzung zu beauftragen.

Herr Hayn stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und leitet zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion über.

Der Antrag lautet:

Der Stadtrat beschließt zusätzlich die Aufstellung eines Änderungsplans für das Gebiet des Bebauungsplans 5.1 sowie eine sofortige Veränderungssperre gemäß § 14 Baugesetzbuch.

Er fordert die Mitglieder des Stadtrates auf, ihre Stimmkarten zu erheben.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	36
Befangen	1
Ja-Stimmen	14
Nein-Stimmen	18
Enthaltungen	4

Der Antrag der AfD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Hayn teilt mit, dass nach der Ablehnung des vorherigen Antrags wieder über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Grüne, Linke und FDP beraten wird.

Frau Krause ergreift vor der Abstimmung das Wort. Sie erklärt, dass sie bereits im Hauptausschuss darauf hingewiesen habe, dass aus ihrer Sicht politische Taktik hinter dem Vorgehen stehen könne. Sie führt aus, dass ihre Fraktion zuvor versucht habe, den Antrag zu erweitern, um aus ihrer Sicht mögliche zukünftige Probleme zu vermeiden. Sie kündigt an, dem gemeinsamen Antrag nur unter Vorbehalt zuzustimmen und bittet darum, ihre Wortmeldung entsprechend zu protokollieren.

Herr Hayn weist darauf hin, dass bei der Abstimmung nur drei Möglichkeiten bestehen: Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Wortmeldungen könnten jedoch protokolliert werden.

Herr Dr. Kuhne erklärt, dass er eine liberale Perspektive zur Diskussion darstellen möchte. Er berichtet von der Teilnahme an Informationsveranstaltungen sowie Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern aus Freimfelde. Dabei seien Bedenken gegen das geplante Vorhaben geäußert worden. Er erwähnt außerdem, dass Vertreter des potenziellen Betreibers der Anlage auf diese Bedenken reagiert hätten und einige Punkte aus seiner Sicht erläutert oder relativiert worden seien. Er stellt die Frage, welche Zielsetzung mit dem gemeinsamen Antrag verfolgt werde. Dabei nennt er die Abwägung zwischen den Interessen der Anwohner und den Interessen der Stadt Merseburg. Er verweist auf Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien und erklärt, dass zusätzliche Flächen für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien benötigt werden könnten. Er äußert die Ansicht, dass bei einer möglichen Ablehnung des Projektes alternative Flächen geprüft werden sollten. Außerdem schlägt er vor, einen zeitlichen Rahmen für die weitere Planung festzulegen, damit sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Investoren Klarheit über das weitere Vorgehen erhalten.

Herr Hayn ermahnt zur Ruhe und bittet darum, Rednerinnen und Redner während ihrer Wortbeiträge nicht zu unterbrechen.

Herr Dr. Eichner erklärt, dass die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden. Er weist die Aussage zurück, dass das Thema bewusst verzögert werde.

Er fordert Bürgerinnen und Bürger auf, eigene Ideen und Vorschläge zur zukünftigen Nutzung der Fläche einzubringen.

Außerdem erklärt er, dass es innerhalb des Stadtgebietes weitere mögliche Flächen für Projekte zur Erzeugung erneuerbarer Energien gebe.

Ziel sei es, gemeinsam über eine langfristige Entwicklung der Stadtteile nachzudenken und dabei die Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Herr Finger erklärt, dass die unterschiedlichen Positionen seiner Ansicht nach nicht weit auseinanderlägen. Nach seiner Darstellung gehe es nicht grundsätzlich darum, ob eine Entwicklung stattfinden solle, sondern wie diese konkret gestaltet werden könne.

Er erinnert daran, dass bereits in früheren Beratungen der Wunsch bestanden habe, gemeinsam mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern über eine mögliche Nutzung der Fläche zu beraten. Er erklärt, dass geprüft werden solle, ob der bestehende Bebauungsplan verändert werden könne, um alternative Nutzungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.

Dabei solle die Stadtverwaltung mögliche Optionen darstellen, sodass eine weitere Diskussion über die zukünftige Nutzung der Fläche stattfinden könne.

Herr Müller-Bahr erläutert erneut die rechtlichen Voraussetzungen für eine Veränderungssperre. Er erklärt, dass eine Veränderungssperre einen Satzungsbeschluss darstellt und dafür eine entsprechende Satzung mit Anlagen, etwa Karten und Angaben zu den betroffenen Gemarkungen, erforderlich sei. Er führt aus, dass eine solche Satzung in der aktuellen Sitzung nicht kurzfristig erstellt werden könne. Selbst bei sofortiger Bearbeitung durch die Verwaltung sei eine Ausarbeitung innerhalb der Sitzung nicht möglich. Weiter erklärt er, dass eine Veränderungssperre grundsätzlich dazu dienen könne, Veränderungen auf einer Fläche zu verhindern, während eine neue Planung vorbereitet wird. Dafür müsse jedoch ein klares Ziel definiert und eine zeitliche Befristung festgelegt werden. Er weist darauf hin, dass in der Regel zunächst ein Aufstellungsbeschluss mit einem definierten Planungsziel gefasst werden müsse.

Nach seiner Darstellung sei es wichtig, eine rechtssichere Lösung zu erreichen. Die Bürgerinnen und Bürger hätten in Gesprächen ebenfalls den Wunsch nach rechtlicher Klarheit geäußert. Er schlägt vor, den aktuellen Beschluss zu fassen, der der Verwaltung den Auftrag gibt, eine rechtssichere Planung vorzubereiten. Diese Vorbereitung könne voraussichtlich bis zum 25. August erfolgen. Bis dahin könne ein Aufstellungsbeschluss mit klar definiertem Ziel, Kartenmaterial und allen erforderlichen Unterlagen vorbereitet werden. In diesem Zusammenhang könne auch eine Veränderungssperre vorbereitet werden, die dann zeitlich befristet beschlossen werden könne.

Herr Hayn bedankt sich für die rechtliche Einordnung.

Herr Arendt sagt, dass für eine Veränderungssperre keine bereits bestehende Satzung notwendig sei, da die Veränderungssperre selbst eine Satzung darstelle. Er verweist auf § 14 Baugesetzbuch und erklärt, dass der Stadtrat mit einem Aufstellungsbeschluss zur Planänderung die Grundlage für eine Veränderungssperre schaffen könne. Seiner Ansicht nach könne der Stadtrat den Grundsatzbeschluss fassen und die Verwaltung beauftragen, den konkreten Satzungstext zur nächsten Sitzung auszuarbeiten.

Herr Müller-Bahr sagt, dass eine Veränderungssperre tatsächlich ein Satzungsbeschluss sei und für einen solchen Beschluss ein ausgearbeiteter Satzungstext erforderlich sei.

Er verweist auf frühere Beschlüsse des Stadtrates, bei denen eine entsprechende Satzung vorlag, einschließlich der notwendigen Anlagen. Ohne eine solche Satzung könne kein rechtssicherer Satzungsbeschluss gefasst werden. Ein Beschluss ohne entsprechende Grundlage könne von der Kommunalaufsicht beanstandet werden. Er erklärt, dass er das Anliegen verstehe, jedoch eine rechtssichere Lösung anstrebe.

Herr Arendt weist darauf hin, dass ohne eine kurzfristige Lösung eine zeitliche Lücke entstehen könne. In dieser Zeit bestehe die Möglichkeit, dass Bauvorhaben auf Grundlage des bestehenden Bebauungsplans umgesetzt werden könnten.

Herr Müller-Bahr erklärt, dass diese Situation bereits seit längerer Zeit bestehe, da der bestehende Bebauungsplan seit vielen Jahren gültig sei. Er führt aus, dass ein früherer Aufstellungsbeschluss im Jahr 2025 die Möglichkeit geboten hätte, bereits damals eine Veränderungssperre zu beschließen. Weiter erläutert er, dass die damalige Entscheidung getroffen worden sei, zunächst Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern zu führen und das Thema weiter zu diskutieren. Er betont, dass nun eine Lösung angestrebt werde, die rechtssicher und dauerhaft tragfähig sei, und dass die Verwaltung an einer entsprechenden Vorbereitung arbeiten werde.

Herr Hayn fragt nach weiteren Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, verliest er den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Grüne, Linke und FDP.

Der Antrag beinhaltet:

Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 70 „Sondergebiet Solarpark Merseburg Nord“ wird bis zur Klärung grundlegender Planungsfragen ruhend gestellt.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine alternative, gesamtstädtisch abgestimmte Entwicklungsperspektive für die Fläche des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 5.1 „Gewerbegebiet Merseburg Nord“ zu erarbeiten.

Auf Grundlage dieser Bewertung sollen mögliche Anpassungen des Photovoltaik-Freiflächenkonzeptes sowie des Entwurfs des Flächennutzungsplanes dargestellt und gegebenenfalls angepasst werden.

Die bisherigen planungsrechtlichen Nutzungsperspektiven sollen im Rahmen einer gesamtstädtischen Neubewertung überprüft werden.

Herr Hayn weist außerdem darauf hin, dass im Hauptausschuss ein Änderungsantrag von Herrn Striegel eingebracht wurde, der eine zeitliche Einordnung vorsieht. Danach soll die Stadtverwaltung ihre Ergebnisse bis zum 25. August im Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt vorstellen.

Herr Hayn fordert anschließend zur Abstimmung über den gemeinsamen Antrag auf.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	36
Befangen	1
Ja-Stimmen	36
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Grüne, Linke und FDP wird einstimmig zugestimmt.

Herr Müller-Bahr ergreift noch einmal das Wort und erklärt, dass sein Ziel eine rechtssichere Lösung sei. Er bittet um Verständnis für die emotional geführte Diskussion und betont, dass eine Lösung im Interesse aller Beteiligten angestrebt werde. Er nimmt den Vorschlag einer möglichen Veränderungssperre auf und erklärt, dass die Verwaltung prüfen werde, ob bis zum 25. August eine entsprechende Satzung vorbereitet werden kann. In diesem Zusammenhang könne auch ein neuer Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan vorbereitet werden.

TOP 2.13 Zustimmung zu den erhöhten Kosten für den Hort/Kita-Ersatzneubau der Evangelischen Schulstiftung Mitteldeutschland St. Johannes am Standort Lessingstraße 16a in Merseburg

Herr Eichelmann begibt sich wieder in den Sitzungsbereich und nimmt aktiv an der Sitzung teil.

Herr Hayn fragt, ob der Tagesordnungspunkt eingebracht werden soll und ob Wortmeldungen vorliegen. Da keine Wortmeldungen erfolgen, verliert er den Beschlussentwurf.

Der Beschlussentwurf sieht vor:

Der Stadtrat stimmt erhöhten Kosten für den Hort-Kita-Ersatzneubau in Höhe von etwa 8,3 Millionen Euro zu. Davon sollen etwa 2,7 Millionen Euro durch Fördermittel gedeckt werden. Sollte der Fördermittelanteil geringer ausfallen oder der städtische Anteil von 5,6 Millionen Euro aufgrund steigender Baukosten überschritten werden, soll der Vorgang erneut dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Herr Hayn fordert zur Abstimmung auf.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	37
Befangen	0
Ja-Stimmen	37
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.14 Nutzungsvertrag für die kommunale Sportstätte Beuna

Frau Mißberger erklärt Befangenheit und begibt sich in den Zuschauerbereich.

Herr Hayn fragt, ob es Wortmeldungen gibt. Er erteilt Herrn Turré das Wort

Herr Turré äußert sich zur Entwicklung der Kosten im Zusammenhang mit Nutzungsverträgen für Sportstätten. Er erklärt, dass ursprünglich eine Lösung vorgesehen gewesen sei, um den städtischen Haushalt zu entlasten. Nach seiner Darstellung habe sich die Situation jedoch so entwickelt, dass mehrere Vereine ähnliche Regelungen beanspruchen und dadurch zusätzliche finanzielle Verpflichtungen für die Stadt entstehen könnten.

Er führt aus, dass aus einer ursprünglich geplanten Einsparung inzwischen höhere Ausgaben entstanden seien. Er sagt, es sollte bei zukünftigen Entscheidungen stärker darauf geachtet werden, dass geplante Einsparungen tatsächlich zu einer Entlastung des Haushalts führen.

Herr Hayn stellt die BV 002/BV/26 zur Abstimmung.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	36
Befangen	1
Ja-Stimmen	35
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	0

Die BV wurde mehrheitlich beschlossen.

TOP 2.15 Entgeltvereinbarung ab 01/2025 des Vereins zur Förderung der Natur-Kindertagesstätte "Spatzennest"

Herr Hayn fragt, ob der Tagesordnungspunkt eingebracht werden soll und ob Wortmeldungen vorliegen.

Herr Turré weist auf steigende Kosten im Bereich der Kinderbetreuung hin. Er nennt als Beispiel die Kosten für einen Krippenplatz mit zehn Stunden Betreuung, die seiner Darstellung nach bei etwa 1.770 Euro liegen. Er führt aus, dass die Kostensteigerung bei der betreffenden Kindertagesstätte unter anderem dadurch entsteht, dass die Anzahl der betreuten Kinder sinkt. Als Grund nennt er unter anderem geringere Kapazitäten infolge von Brandschutzauflagen. Nach seiner Darstellung führt die reduzierte Betriebserlaubnis dazu, dass die Auslastung der Einrichtung sinkt. Er weist darauf hin, dass eine geringere Auslastung Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen haben könne. Er erklärt, dass im Vergleich zu den Gesamtkosten der Kinderbetreuung Diskussionen über kleinere Verwaltungsgebühren aus seiner Sicht weniger stark ins Gewicht fallen. Er bittet darum, die langfristige Kostenentwicklung im Bereich der Kinderbetreuung weiterhin im Blick zu behalten.

Herr Hayn fragt nach weiteren Wortmeldungen. Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, verliert er den Beschlussentwurf.

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat erteilt sein Einvernehmen zur Entgeltvereinbarung zwischen dem Landkreis Saalekreis und dem Verein zur Förderung der Naturkindertagesstätte „Spatzennest“ vom 12.11.2025.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	37
Befangen	0
Ja-Stimmen	20
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	16

Es erfolgt eine mehrheitliche Beschlussfassung.

Herr Hayn informiert darüber, dass im Hauptausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion eine Beschlussvorlage zur Rekommunalisierung von Kindertagesstätten erneut auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Herr Eichelmann berichtet über die Arbeit der entsprechenden Arbeitsgruppe, die zweimal getagt habe. Er erklärt, dass kein Kompromiss erzielt worden sei und stattdessen Mehrheitsverhältnisse erkennbar geworden seien. Nach seiner Darstellung könnten die Fraktionen der Linken, AfD und CDU eine Mehrheit für eine umfassende Rekommunalisierung bilden. Er weist darauf hin, dass laut seiner Darstellung ursprünglich ein gemeinsamer Antrag dieser Fraktionen vorgesehen gewesen sei. Er äußert Zweifel an der Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen und kündigt an, dass das Thema in einer kommenden Sitzungsperiode erneut diskutiert werde.

Frau Ernst erklärt, dass es in der Arbeitsgruppe einen Kompromissvorschlag gegeben habe. Dieser habe vorgesehen, dass die Stadt zunächst die Einrichtungen übernimmt, die sie bereits betreibt. In einem weiteren Schritt könnten diese Einrichtungen zusammen mit Grundschulen und Jugendclubs in einem Eigenbetrieb organisiert werden. Sie erklärt, dass drei Fraktionen diesem Vorschlag zugestimmt hätten und zwei Fraktionen nicht.

Herr Haring sagt, dass jedes Mitglied des Stadtrates ein Rederecht habe und bittet darum, während seiner Wortmeldung keine Zwischenrufe zu machen.

Er führt aus, dass bei einer erneuten Einbringung der Beschlussvorlage aus seiner Sicht die Positionen der Eltern sowie des Jugendamtes berücksichtigt werden sollten. Er verweist auf Stellungnahmen des Vorsitzenden des Stadtelterntutoriums sowie der Leiterin des Jugendamtes. Zudem weist er darauf hin, dass sich die Arbeitsgruppe in einer Sitzung mit möglichen Befangenheitsfragen eines Mitglieds beschäftigt habe. Er kündigt an, im Falle einer erneuten Einbringung der Beschlussvorlage eine namentliche Abstimmung zu beantragen, damit die Positionen der einzelnen Ratsmitglieder dokumentiert werden.

Frau Naundorf stimmt Teilen der Darstellung von Frau Ernst zu. Sie erinnert daran, dass Bedenken bezüglich einer möglichen Befangenheit eines Mitglieds geäußert wurden und anschließend eine Klärung erfolgte. Außerdem sagt sie, dass in der Diskussion unterschiedliche Meinungen zur geplanten Rekommunalisierung geäußert worden seien.

TOP 2.16 Rechnungsprüfungsordnung

Herr Hayn fragt, ob die Vorlage eingebracht werden soll. Der zuständige Verwaltungsbeamte ist anwesend. Er weist darauf hin, dass sowohl Finanzausschuss als auch Hauptausschuss der Vorlage bereits zugestimmt haben. Er fragt, ob es Wortmeldungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Er verliest den Beschlusstext.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Merseburg.

Abstimmung

Stimmberechtigt	41
Anwesend	37
Befangen	0
Ja-Stimmen	37
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	0

Es erfolgt eine einstimmige Beschlussfassung.

TOP 2.17 Informationen zu geplanten Vergabeverfahren

Herr Gatzlaff informiert gemäß der geänderten Hauptsatzung über geplante Bauvorhaben:

1. Grundschule im Rosental – Außenanlagen / Sportanlagen (2. Bauabschnitt)
 - Erneuerung der Sportanlagen
 - geschätzte Kosten: ca. 370.000 €
2. Kita „Am Weinberg“ – Außenanlagen (2. Bauabschnitt)
 - Gestaltung der Terrassenbereiche des öffentlichen Gebäudes
 - geschätzte Kosten: ca. 250.000 €
3. Kita Meuschau – Sanierung Sanitäranlagen
 - Sanierung der Toilettenanlagen
 - geschätzte Kosten: ca. 291.000 €

Zusätzliche Mittel im Haushaltsplan 2026/2027 vorgesehen:

- 300.000 € bzw. 200.000 €

Er weist darauf hin, dass weitere Maßnahmen erst umgesetzt werden können, wenn der Haushaltsplan genehmigt ist. Außerdem sagt er, dass die Stadt Merseburg weiterhin in Schulen und Kindertagesstätten investiert.

Herr Hayn fragt, ob es Nachfragen gibt. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2.18 Informationen der Stadtverwaltung

Herr Müller-Bahr lädt zur Eröffnung der neuen Stadtwache am 11. April um 10:00 Uhr ein. Die neue Einrichtung soll der Öffentlichkeit im Rahmen eines Tages der offenen Tür vorgestellt werden. Bürgerinnen und Bürger sowie Stadtratsmitglieder sind eingeladen, die Räumlichkeiten zu besichtigen.

Er sagt, dass die Puppenfestspiele und der Ostermarkt vom 9. bis 15. März stattfinden. Unter der Woche besuchen vor allem Schulklassen und Kindertagesstätten die Veranstaltungen. Am Wochenende sind Veranstaltungen auch für die Öffentlichkeit zugänglich.

Zusätzlich kündigt er an, dass in der kommenden Sitzungsrunde ein Investor Pläne für die Entwicklung des Airparks vorstellt. Neben dem bereits bekannten Unternehmen Schnellecke sei ein weiterer Investor beteiligt. Die Planungen sollen zunächst in den Ausschüssen vorgestellt werden.

Herr Ebert informiert darüber, dass der Landesrechnungshof eine überörtliche Prüfung der Rechnungsprüfungsämter angekündigt hat. Damit werde auch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Merseburg geprüft.

TOP 2.19 Schließung der Sitzung

Herr Hayn schließt die öffentliche Sitzung um 19:23 Uhr. Er bedankt sich bei allen anwesenden Gästen und Medien.

Michael Hayn
Stadtratsvorsitzender

Thomas Albrecht
Protokollant